



KATHRIN BRAUN & MUNIRA MOHAMUD

Freunde
FremdewerdenFreunde.at

Forschungsbericht

**Politische Inklusion
von Menschen mit Fluchthintergrund**

IMPRINT

Autor:innen:

Mag.a. Kathrin Braun Bakk. phil.

Munira Mohamud

Fremde werden Freunde

gemeinnütziger Verein

Garnisongasse 11, 1090 Wien

hallo@fremdewerdenfreunde.at

Geschäftsführung: Mag. Ina Pervan-Al Soqauer & Mag. Kathrin Limpel

ZVR: 919577710

www.fremdewerdenfreunde.at

www.facebook.com/fremdewerdenfreunde.at

www.instagram.com/fremdewerdenfreunde/

[Podcast Salongespräche:www.fremdewerdenfreunde.at/podcast](http://www.fremdewerdenfreunde.at/podcast)



Die Durchführung dieses Forschungsprojekts wurde durch eine Förderung der Stadt Wien Kultur (MA7) ermöglicht.

Wien, Juni 2022

EXECUTIVE SUMMARY

Die durch Migration bedingte Veränderung und Diversifizierung der Gesellschaft führen zu ungleichen Inklusionschancen, da Möglichkeiten und Exklusion der Teilhabe an Arbeitsmarkt, Wissenschaft, Bildungssystem oder eben auch Politik an Staatsbürgerschaft oder oftmals auch den Aufenthaltsstatus geknüpft sind. In der Realität werden folglich bestimmte Personengruppen von bestimmten gesellschaftlichen Teilsystemen ausgeschlossen. Auffallend ist bei der seit einigen Jahren dominierende Diskussion um die gesellschaftliche Inklusion von Menschen mit Fluchthintergrund, dass der Frage nach politischer Inklusion und politischer Zugehörigkeit ebendieser Gruppe und ihrer demokratiepolitischen Relevanz wenig Beachtung geschenkt wird.

Primäres Ziel des Forschungsprojektes war es daher, Unterstützungsbedarf für vollständige politische Inklusion für Menschen mit Fluchthintergrund in Wien zu ermitteln, gemeinsame Erfahrungen der Zielgruppe auszuforschen und an Lösungen für verstärkte Teilhabe am politischen System zu arbeiten.

So wurde politisches Bildungs- und Unterstützungsangebot für diese Gruppe identifiziert, die kollektiven Erfahrungen von politisch interessierten Menschen mit Fluchthintergrund in der Stadt Wien untersucht sowie Unterstützungsangebot diskutiert.

Das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Studie orientierte sich an folgender Forschungsfrage: *Wie erleben Menschen mit Fluchthintergrund die politische Inklusion in Wien?*

Zur Beantwortung des Forschungsinteresses wurde ein qualitatives Forschungsdesign gewählt. In einem ersten Schritt wurde eine extensive Literaturrecherche durchgeführt, um vergleichbare Studien zum Themenkomplex zu identifizieren und so die empirische Erhebung darin einzubetten. In einem zweiten Schritt wurden ein Stakeholder-Mapping und Interviews mit vier Expert:innen und ein Hintergrundgespräch durchgeführt. Darauf aufbauend wurden zwei Gruppendiskussionen mit 14 in Wien lebenden Personen mit Flucht- und Migrationshintergrund geführt.

Die Ergebnisse der Studie verdeutlichen, dass es viel ungenutztes Potential für die Stadt Wien gibt, wenn es um die politische Inklusion von Menschen mit Fluchthintergrund geht. Geflüchtete haben in Wien die Möglichkeit, sich vielfältig politisch zu beteiligen, allen voran niederschwellige Beteiligungsformen wie die Diskussion über Politik, die Teilnahme an Demonstrationen und Petitionen oder zivilgesellschaftliches Engagement. Es zeigt sich, dass viele Interviewte großes Interesse an österreichischer Politik haben, sie sich aber trotz subjektivem Gefühl der Integration nicht im politischen System inkludiert fühlen.

Konkret lassen sich aus den Studienergebnissen drei konkrete Handlungsempfehlungen für die Stadt Wien ableiten:

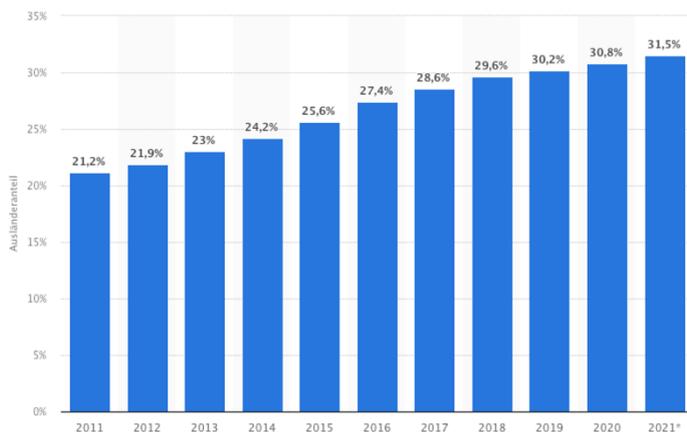
1. Inklusion in alle gesellschaftlichen Teilbereiche
2. Etablierung von politischen Diskussionsräumen
3. Förderung von politischer Bildung

INHALTSVERZEICHNIS

Executive Summary.....	2
Inhaltsverzeichnis	4
1. Einleitung.....	5
2. Forschungsdesign.....	7
2.1. Forschungsfragen.....	7
2.2. Methodik	8
2.2.1. Mapping der Expert:innen und Sampling	8
2.2.2. Erhebung.....	9
2.2.3 Auswertung.....	9
3. Politische Bildung.....	10
4. Politische Inklusion	14
5. Meta-Diskussion – Bedeutung der GruppenDiskussionen.....	18
5. Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse.....	19
7. Liste der Interviewpartner:innen.....	21
8. Autor:innen.....	22
9. Literaturverzeichnis.....	23

1. EINLEITUNG

Die Inklusion einer möglichst breiten Bevölkerung in alle gesellschaftlichen Subsysteme ist Kernaufgabe demokratischer Bestrebungen. Doch in den letzten Jahrzehnten veränderten sich Gesellschaften stark und insbesondere attraktive Großstädte wie Wien wurden aufgrund von gestiegener Migration immer heterogener. Neben Migration aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und Arbeitsmigration aus nicht-europäischen Ländern kam es immer wieder zu größeren Flüchtlingsbewegungen, zuletzt in den Jahren 2015 und 2016.



Grafik 1: Anteil der Ausländer:innen an der Bevölkerung Wien von 2011 bis 2021; Quelle: Statistik Austria (2021)

Die Zahl der in Österreich lebenden Personen mit Fluchthintergrund ist seit Ende 2014 von 92.217 auf 146.025 Ende 2021 gestiegen (UNHCR, 2022).

Die Stadt Wien war historisch betrachtet immer schon besonders von Diversität und kultureller Vielfalt geprägt, was sich auch in absoluten Zahlen bemerkbar macht: 16,9 Prozent der Wiener:innen haben die Staatsbürgerschaft eines Drittstaates und

etwa 40 Prozent der in Österreich lebenden Personen mit ausländischem Geburtsort haben ihren Lebensmittelpunkt in Wien. Insgesamt sind 31,5 % der Wiener:innen ab 16 Jahren von Wahlen auf Bundes- und Landesebene ausgeschlossen, 13,6% dürfen aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft eines EU-Landes zumindest auf Gemeindeebene wählen (vgl. Stadt Wien, 2022). Grafik 1 verdeutlicht, dass der Anteil an Menschen, die nicht den österreichischen Pass besitzen, sich in den letzten Jahren noch einmal deutlich erhöht hat.

Die durch Migration bedingte Veränderung und Diversifizierung der Gesellschaft führen jedoch zu ungleichen Inklusionschancen, da Möglichkeiten und Exklusion der Teilhabe an Arbeitsmarkt, Wissenschaft, Bildungssystem oder eben auch Politik an Staatsbürgerschaft oder oftmals auch den Aufenthaltsstatus geknüpft sind. In der Realität werden folglich bestimmte Personengruppen von bestimmten gesellschaftlichen Teilsystemen ausgeschlossen.

Auffallend ist bei der seit einigen Jahren dominierende Diskussion um die gesellschaftliche Inklusion von Menschen mit Fluchthintergrund, dass der Frage nach politischer Inklusion und politischer Zugehörigkeit ebendieser Gruppe und ihrer demokratiepolitischen Relevanz wenig Beachtung geschenkt wird. So gibt es kaum Forschung zu politischer Partizipation von Menschen mit Fluchthintergrund und keine Daten dieser in Wien. Sozialwissenschaftliche Forschung zum Thema

Flucht in Österreich allgemein oder Wien im Speziellen fokussiert sich meist auf demografische Aspekte und Integrations- oder Arbeitsmarktpolitik. Aufgrund dieser Forschungslücke wurde die Pilotstudie „Politische Partizipation von Geflüchteten“ (Braun et al., 2021) initiiert, die im September 2021 abgeschlossen wurde und politische Teilhabe von Menschen mit Fluchthintergrund in Wien analysierte. Die Ergebnisse zeigen, dass Menschen mit Fluchthintergrund vielfältige politische Beteiligungsformen wählen und den politischen Diskurs aktiv mitgestalten, beziehungsweise mitgestalten wollen. In vielen Fällen treten sie als politische Subjekte auf und machen von ihren demokratischen Rechten Gebrauch. Dies passiert vor allem in einem nicht-institutionalisierten und niederschweligen Rahmen und reicht von politischen Gesprächen, Engagement in der Zivilgesellschaft bis hin zu Teilhabe und Mitorganisationen von Protesten und Demonstrationen.

Primäres Ziel des Forschungsprojektes war es, Unterstützungsbedarf für vollständige politische Inklusion für Menschen mit Fluchthintergrund in Wien zu ermitteln, gemeinsame Erfahrungen der Zielgruppe auszuforschen und an Lösungen für verstärkte Teilhabe am politischen System zu arbeiten. Das Erkennen, Diskutieren und Einordnen dieser Hindernisse für Politische Inklusion haben nicht nur Auswirkungen auf das Individuum sondern betreffen die gesamte ausgeschlossene Gruppe. Das Lernen und der Austausch mit Gleichgesinnten kann einen ersten Schritt in eine intensivere Wahrnehmung und Auseinandersetzung mit der individuellen Inklusion darstellen und kollektive Wirkungen entfachen.

Hier galt es folglich, politisches Bildungs- und Unterstützungsangebot für diese Gruppe zu identifizieren, die kollektiven Erfahrungen von politisch interessierten Menschen mit Fluchthintergrund in der Stadt Wien zu untersuchen sowie Unterstützungsangebot zu diskutieren.

Unser Erkenntnisinteresse orientierte sich an folgender Forschungsfrage:

Wie erleben Menschen mit Fluchthintergrund die politische Inklusion in Wien?

In dieser Studie wird bewusst mit einem sehr offenen Verständnis von politischer Inklusion gearbeitet. Es geht einerseits um die strukturellen und gesellschaftlichen Spielräume für Inklusion, aber auch die persönlichen Empfindungen und Einschätzungen der Betroffenen selbst. Zuletzt gilt es, das Angebot in Wien zu identifizieren und zu analysieren, das zu einer gesteigerten politischen Inklusion beiträgt.

Neben dem Zugang zum politischen System selbst sind Bildung und Wissen um Teilhabechancen zentral für eine systematische Inklusion von Geflüchteten. In diesem Forschungsprojekt verstehen wir politische Bildung als eine der vielen Voraussetzung für eine gelungene politische Inklusion. Deshalb wird nicht nur der Frage nachgegangen von welchen Bildungsangeboten Gebrauch gemacht wird, sondern auch welche Angebote sich in Wien identifizieren lassen.

Zur Beantwortung des Forschungsinteresses wurde ein qualitatives Forschungsdesign gewählt. In einem ersten Schritt wurde eine extensive Literaturrecherche durchgeführt, um vergleichbare Studien

zum Themenkomplex zu identifizieren (vgl. Braun et al., 2021; Bauböck, 2003; Ziegler, 2017; Bekaj & Antara, 2018; Lehnerer, 2020; Pausch, 2020) und so die empirische Erhebung darin einzubetten. In einem zweiten Schritt wurden ein Stakeholder-Mapping und Interviews mit vier Expert:innen und ein Hintergrundgespräch durchgeführt. Darauf aufbauend wurden zwei Gruppendiskussionen mit 14 in Wien lebenden Personen mit Flucht- und Migrationshintergrund geführt.

Ziel der Analyse ist es, einerseits einen Überblick über das vorhandene politische Bildungsangebot in Wien zu erlangen um dann in einem weiteren Schritt zu analysieren, wie Menschen mit Fluchthintergrund politische Inklusion in Wien wahrnehmen und einschätzen.

Im folgenden Kapitel wird das Forschungsdesign und methodische Vorgehensweise näher beschrieben, Kapitel 3 widmet sich dem Thema der politischen Bildung, in Kapitel 4 werden die Ergebnisse in Bezug auf politische Inklusion zusammenfassend diskutiert. Kapitel 5 versteht sich als Metakapitel und reflektiert die Relevanz der Gruppendiskussionen für die Zielgruppe. Kapitel 6 beinhaltet Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen für die Stadt Wien. Die Liste der Gruppendiskussionsteilnehmer:innen sowie die Autorinnen der Studie sind in den letzten Kapiteln zu finden.

2. FORSCHUNGSDESIGN

2.1. Forschungsfragen

Ausgehend von der skizzierten Problemstellung, der Aktualität und gesellschaftlichen Relevanz der Fragestellung sowie den identifizierten Forschungslücken hat das Forschungsprojekt zum Ziel, den Unterstützungsbedarf für vollständige politische Inklusion für Menschen mit Fluchthintergrund in Wien zu ermitteln, gemeinsame Erfahrungen der Zielgruppe auszuforschen und an Lösungen für verstärkte Teilhabe am politischen System zu arbeiten.

Primäres Idee war es, die Pilotstudie „Politische Partizipation von Geflüchteten. Möglichkeiten und Hindernisse der demokratischen Beteiligung von Geflüchteten in Wien.“ fortzuführen und auf einer Makro- und Mesoebene zu untersuchen. Folglich das politische System selbst auf ihre Offenheit und Inklusionsfähigkeit hin zu analysieren und die Relevanz sozialer Gruppen auf das Thema hin zu untersuchen.

Unser Erkenntnisinteresse hatte das Ziel, folgende Forschungsfrage zu beantworten:

Wie erleben Menschen mit Fluchthintergrund die politische Inklusion in Wien?

Untersucht werden soll, welchen Bedarf an Unterstützung in Bezug auf politische Inklusion von Menschen mit Fluchthintergrund artikuliert wird, wie Teilhabechancen eingeschätzt werden und

welches Bildungs- und Beratungsangebot auf eine politische Inklusion von Menschen mit Fluchthintergrund abzielt.

Daraus ergeben sich folgende **Unterfragen**:

- *Was verstehen Personen mit Fluchthintergrund unter politischer Inklusion?*
- *Welchen Unterstützungsbedarf artikulieren Menschen mit Fluchthintergrund zur politischen Teilhabe?*
- *Welches Unterstützungs- und Bildungsangebot lässt sich in Wien in Bezug auf dieses Thema ausfindig machen?*
- *Welche Handlungsempfehlungen lassen sich in Bezug auf politische Inklusion von Menschen mit Fluchthintergrund für die Stadt Wien ableiten?*

2.2. Methodik

2.2.1. Mapping der Expert:innen und Sampling

In einem ersten Schritt wurden ein Mapping sowie eine Analyse der relevanten Stakeholder in Wien vorgenommen, die sich mit der Thematik beschäftigen sowie demokratiepolitische Arbeit von oder für Geflüchtete leisten. Ziel des Mappings war es, die Bandbreite des Themas aufzuzeigen und Stakeholder aus den verschiedenen Bereichen zu gruppieren. Folgende Einteilung konnte im Zuge des Stakeholdermapping getroffen werden:

- Öffentliche Institutionen / Einrichtungen
- Politische Bildner:innen
- Vertreter:innen aus der Zivilgesellschaft
- Community-Organisationen
- Forscher:innen

So wurde zuallererst auf Basis des vorhandenen Netzwerks der Autor:innen sowie einer zusätzlichen Recherche eine Sammlung relevanter Expert:innen und Organisationen in diesem Bereich erstellt. Insgesamt konnten so etwa 15 relevante Personen beziehungsweise Organisationen identifiziert werden. Gerade was das politische Bildungsangebot in Wien angeht zeigen sich große Lücken und nur wenige Angebote.

Von den insgesamt sieben angefragten Expert:innen meldeten sich drei Personen zurück und standen für ein Interview bereit. Angefragt wurden Vertreter:innen aus Zivilgesellschaft, staatlichen Institutionen, Forschung und Community. Interviews fanden mit Almir Ibrić vom Diversitätsmanagement der Stadt Wien (MA17 - Integration und Diversität), einer Mitarbeiterin eines Wiener Bildungs-Beratungszentrums und einer Mitarbeiterin einer großen NGO statt. Der

Vollständigkeitshalber muss erwähnt werden, dass das geplante Interview mit einer Mitarbeiterin des Österreichischen Integrationsfonds zu deren Wertekursen sowie einer Forscherin aus kurzfristigen terminlichen Gründen abgesagt wurden.

2.2.2. Erhebung

Die Analyse selbst basiert auf einem Hintergrundgespräch mit einem in Wien lebenden Menschen mit Fluchthintergrund, der Teil des Fremde werden Freunde Netzwerks ist. Kernstück des Projekts sind die beiden Gruppendiskussionen, die mit 14 in Wien lebenden Personen mit Flucht- und Migrationshintergrund durchgeführt wurden.

In den Diskussionen wurden kollektive Erfahrungen und divergierende Perspektiven in einem Gruppensetting diskutiert (Przyborski & Riegler, 2010). Geflüchtete wurden durch zwei Moderatorinnen dazu eingeladen, ihre bisherige Erfahrungen, ihre Teilhabechancen sowie den Unterstützungsbedarf der Gruppe zu diskutieren. Ziel der Methode der Gruppendiskussion war nicht die Sammlung individueller Geschichten, sondern die Generierung eines kollektiven Erfahrungssatzes der ausgewählten Gruppe (Kühn & Koschel, 2011).

Die Diskussionen fanden auf Deutsch mit arabischer und englischer Übersetzung statt. Wichtig ist dem Forscher:innenteam zu betonen, dass es sich bei dem Projekt um Forschung mit und nicht nur zu Menschen mit Fluchthintergrund handelt. Zentrales Ziel war es, diese aktiv in den Forschungsprozess einzubinden. Dies wurde durch das Hintergrundgespräch sowie in der Konzeption und Durchführung der Gruppendiskussionen ermöglicht.

2.2.3 Auswertung

Die Diskussionen wurden mit Zustimmung der Interviewpartner:innen aufgezeichnet, transkribiert, beziehungsweise übersetzt und transkribiert. Der Analyseprozess war offen und explorativ und Kategorien wurden auf Basis des Materials erstellt, der Tradition der Grounded Theory folgend wurde iterativ vorgegangen und offen kodiert und analysiert.

3. POLITISCHE BILDUNG

Demokratie ist auf die aktive Beteiligung ihrer Bürger:innen angewiesen und lebt von der Mitgestaltung dieser. Jedoch muss politische Handlung gelernt sein, denn es braucht einen gewissen Grad an Demokratiebewusstsein und Wissen über die vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten.

Hier setzt das Konzept der politischen Bildung an, die allgemein als „bewusst geplante und organisierte, kontinuierliche und zielgerichtete Maßnahmen von Bildungseinrichtungen [verstanden werden], um Jugendliche und Erwachsene mit den zur Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben notwendigen Voraussetzungen auszustatten“ (Massing, 2013).

Durch die Vermittlung von Kenntnissen über das politische System und demokratiepolitische Werte und Normen werden Bürger:innen zur eigenständigen Auseinandersetzung mit dem Wirklichkeitsbereich Politik angeregt. Sander (1997) beschreibt in diesem Zusammenhang politische Bildung als Mittel zur Mündigkeit mit dem Ziel, Menschen zu autonom denkenden Bürger:innen zu erziehen. Nur wer system-spezifisches Wissen und Kenntnisse über Beteiligungsmöglichkeiten hat, kann das politische Geschehen in einem ersten Schritt reflektieren und dann später aktiv mitgestalten.

Die Vermittlung der Prinzipien der Demokratie, Toleranz und Kritikfähigkeit, sowie die Befähigung zu aktiver Partizipation am politischen Geschehen des eigenen Landes sind zentrale Aufgabe der Politischen Bildung. Diese sollte neben einem formalen Wissenserwerb auch Lust auf Mitgestaltung machen. Sie ist Grundvoraussetzung für Partizipation und schafft ein Bewusstsein für demokratische Normen und Werte sowie gesellschaftspolitische Fragestellungen. Neben der Vermittlung von Fachkompetenzen sollten auch Methoden- und Handlungskompetenzen erweitert werden, die zur Kritik und Differenzierung von Inhalten anregen. Sander (1997) argumentiert, dass dabei keinesfalls Handlungen empfohlen oder vorgeschrieben werden, vielmehr sollen Menschen zu Handlungen befähigt werden.

Politische Bildung für Menschen mit Fluchthintergrund

Politische Kompetenzförderung der Bürger:innen verläuft meist formal in der Schule, einerseits ist sie in Österreich als Unterrichtsprinzip verankert, andererseits ein eigenständiger Unterrichtsgegenstand beziehungsweise Kombinationsfach im Rahmen des Faches Geschichte und Sozialkunde / Politische Bildung (vgl. BMBWF, 2022). Für Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund verläuft politische Bildung jedoch meist außerschulisch und häufig informell und setzt zu einem großen Teil auf Freiwilligkeit.

Eine junge Frau aus Syrien (IP1), die nach ihrer Ankunft die Schule in Wien besuchte beschrieb die Dankbarkeit, politische Bildung in der Schule erfahren zu haben, „da [sie] dort mehr und schneller über

Gesellschaft und Politik lernen konnte als in irgendwelchen Kursen“. Ein junger Mann aus Afghanistan (IP3) stimmte dem zu:

„Also, in meinem Fall habe ich das meiste in der Schule in der Pflichtschule gelernt, über das Parlament, das politische System und wie das so funktioniert.“

Menschen mit Fluchthintergrund werden im öffentlichen Diskurs oftmals als passive Akteur:innen und Objekte der Politik verstanden, denen generell politisches Interesse und Demokratiekompetenz abgesprochen, ihnen aber zugleich mangelnde Teilhabe vorgeworfen wird. Beinahe alle Befragten kommen aus Ländern, in denen Demokratie, Bürger:innenrechte und grundlegende Freiheiten massiv eingeschränkt sind. Somit sahen sich die Personen nach ihrer Ankunft in Österreich mit einem neuen politischen System konfrontiert. Folglich sind ihre Erfahrungen mit demokratischen Prozessen deutlich geringer. Die vorangegangene Studie zum Thema politische Partizipation von Geflüchteten verdeutlichte jedoch das Interesse der Befragten (Braun et al., 2021) und auch Ergebnisse der Gruppendiskussion zeigen keinesfalls demokratiepolitisches Desinteresse. Vielmehr kristallisierte sich der Wunsch nach zielgruppengerechten und -adäquaten Bildungsangeboten heraus, sei es zu besonderen Themen oder für eine spezifischere Zielgruppe.

Hintergrundrecherchen zu politischen Bildungsangeboten in Wien sowie die Gespräche mit Expert:innen verdeutlichen die Lücke an zielgruppengerechten Angeboten. Hentges (2014) kommt in ihrer Analyse für Deutschland zu einem ähnlichen Schluss und konstatiert, dass Menschen mit Migrationsgeschichten als Zielgruppe der politischen Bildung häufig ausgeblendet wurden.

Der größte Teil der außerschulischen Angebote in Wien richtet sich in Wien an Schüler:innen, angeboten von schulexternen Institutionen oder Bildungsdienstleistern. Zielgruppe sind die Kinder und Jugendlichen selbst, häufig auch der Lehrpersonal. Anders in der Erwachsenenbildung, wo sich politische Bildung vor allem an Multiplikator:innen richtet – Angebote für interessierte Erwachsene, egal ob mit oder ohne Migrations- oder Fluchthintergrund sind in Wien wenig vorhanden. Auch die Mitarbeiterin eines Wiener Bildungs-Beratungszentrums kritisierte das Fehlen von außerschulischen, politischen Erwachsenenbildungsmöglichkeiten für eine breite, interessierte Öffentlichkeit in Wien.

Basisbildung schließt alle Grundfertigkeiten ein, die dazu befähigen, ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu sein – alles voran beinhaltet sie Fähigkeiten des Lesens/Schreibens, des Rechnens und der Kommunikationstechnologie. Die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung hat dazu das Modul Politische Basisbildung konzipiert, das Lernende zu politischen Handlungen befähigen sollen. Die Kurse sind jedoch als Train-the-Trainer-Workshops angelegt und richten sich nicht an die Basisbildungskurs-Teilnehmer:innen direkt.

Zielgruppenspezifische politische Bildungsangebote gibt es in Wien kaum, eine Mitarbeiterin einer großen NGO in Wien, die unter anderem mit Geflüchteten arbeitet, erklärte, dass es 2015/2016

durchaus auch Workshops zu den Themenfeldern Demokratie, Politik und gesellschaftliche Rahmenbedingungen gab, diese in den letzten Jahren aber zurückgefahren wurden. Einerseits, da sich die Zielgruppe veränderte und die Quartiere geschlossen wurden, andererseits auch, weil die Finanzierung zurückging. Demokratieworkshops wurden vor allem mit unbegleiteten Minderjährigen Geflüchteten durchgeführt und die Mitarbeiterin betonte das riesige Interesse an dem Thema. Vor allem Inhalte, die Demokratie im Kleinen behandeln, wie etwa Demokratie in der Familie oder Kinderrechte wurden als besonders wertvoll erachtet.

Die Abteilung Integration und Diversität der Stadt Wien (MA17) bietet auch regelmäßig Weiter- und Fortbildungen zu den Themen Menschenrechte und Demokratiekultur an. Während sich ein Teil des Angebots an Mitarbeiter:innen von NGOs und Einrichtungen richtet, werden auch Workshops für Vertreter:innen von Community-Vereinen angeboten. Almir Ibric vom Diversitätsmanagement der Stadt Wien erklärte im Interview, dass dabei versucht werde, dass Ergebnisse und Inhalte der Kurse in die Communities getragen werden. Inhaltliche Schwerpunkte richten sich dabei an die Interessen der Teilnehmer:innen, betreffen aber vor allem Demokratiekultur, Extremismusprävention, Religion und Menschenrechte. Wie auch die Mitarbeiterin eines Wiener Bildungs-Beratungszentrums hebt aber auch er hervor, dass im Bildungsbereich für alle Zielgruppen die Bedeutung von Demokratie mehr hervorgehoben werden sollte.

Exkurs: Werte- und Orientierungskurs des Österreichischen Integrationsfonds

Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte ab dem vollendeten 15. Lebensjahr sowie Drittstaatsangehörige und Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte, die Sozialhilfe beziehen sind verpflichtet, einen Werte- und Orientierungskurs des ÖIF zu absolvieren. Die Kurse erheben den Anspruch „geflüchteten und zugewanderten Menschen eine erste Orientierung über Leben und Alltag in Österreich“ (ÖIF) zu geben. Dabei werden Inhalte wie die „Bedeutung von Deutscherwerb, Bildung und Arbeitsmarkt, Gleichberechtigung, Geschichte, Kultur und Demokratie vermittelt“ (ebd.). Alle Teilnehmer:innen der Gruppendiskussion mit Ausnahme jener aus der Türkei und Albanien nahmen an dem Kurs teil. Ähnlich zu den Ergebnissen der Pilotstudie (Braun et al., 2021) wurde auch in den Gruppendiskussionen die nicht-Differenzierung je nach Interessen, Vorwissen und Hintergrund angesprochen und kritisiert. Während vor allem Teilnehmer aus Afghanistan die Inhalte des Kurses als spannend und neu empfanden, kritisierten andere die Inhalte als zu einfach, an die Bedürfnisse unangepasst und nicht neu.

Eine junge Frau aus Syrien (IP1) etwa beschreibt, dass in den Kursen viel zu viel vermischt werde. Dass manche Inhalte für eine bestimmte Zielgruppe durchaus spannend seien, aber das vor allem in der Ankunftsphase. Dem stimmte auch ein junger Mann aus Afghanistan (IP3) zu:

„Es wird zu viel vermischt. Die Zielgruppe ist klar definiert, aber alles andere nicht. Und die Zielgruppe ist sehr breit. Manche Themen müssen einfach nicht behandelt werden. Einer alten Dame muss man zum Beispiel nicht sagen, dass sie nach 22 Uhr nicht laut sein soll.“

Eine junge Frau aus Syrien (IP14) teilte diese Einschätzung und gab an, es beinahe anmaßend empfunden zu haben *„dass wir dort gelernt haben, dass man nicht bei Rot über die Straße gehen darf.“*

Im Gegensatz dazu teilte ein junger Mann aus Afghanistan (IP9) seine positiven Erfahrungen mit den Kursen:

„Es war sehr informativ, würde ich sagen. Wir haben über Themen wie Demokratie, Sozialsysteme ober die Sicherheit und solche Sachen gesprochen. Das war richtig und wichtig zu wissen. Teilweise waren das neue Themen, teilweise nicht. Ich war aber auch jung und wusste zum Beispiel nichts über das Sozialsystem.“

Auch die Methodik und Struktur der Kurse wurde diskutiert, und so kritisierten einige Personen den einseitigen und frontalen Charakter der Kurse, der keinen Raum für Diskussion und Mitgestaltung zulasse.

Neben den verpflichteten Kursen bietet der ÖIF zudem Vertiefungskurse zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen wie etwa Gesundheit, Umwelt, Kultur und Gesellschaft oder geschlechterspezifische Inhalte an. Eine Frau aus Syrien (IP5) besuchte einen Kurs zum Thema Gesundheit und beschrieb, dass dieser spezifische Kurs mehr brachte als die Wertekurse, da sie Interesse an genau diesem Thema hatte und sich dazu fortbilden wollte.

Den Wunsch nach Wissenserwerb und Weiterbildung zu spezifischeren Inhalten und aktuellen Themen wurde auch von den Mitarbeiterinnen des Wiener Bildungs-Beratungszentrums sowie der NGO verdeutlicht. Sie gaben an, dass einerseits in den Basisbildungskursen durchaus auch aktuelle Themen behandelt werden, aktuell vor allem die Themen Nachhaltigkeit, LGBTQI und der *pride month*.

4. POLITISCHE INKLUSION

Politische Inklusion beschreibt und misst das Ausmaß, in welchem alle Mitglieder einer Gesellschaft Zugang zum politischen Handlungsfeld haben. Dahinter steht der Gedanke, dass jede:r Bürger:in unabhängig von Alter, Geschlecht, Kultur und ethnischen oder religiösen Hintergrund, etc. das gleiche Recht und die gleiche Möglichkeit haben sollte, sich an politischen Prozessen zu beteiligen und zu deren Funktionieren beizutragen (Bekaj & Antara, 2018). Im Fokus steht die Inklusion einer ausgeschlossenen Gruppe und nicht nur einzelner Individuen.

Politische Inklusion basiert auf mehreren Aspekten und steht vor einer Vielzahl an Herausforderungen: Rechtliche Grundlagen und Rahmenbedingungen wie etwa Bestimmungen im Wahlrecht hindern volle Inklusion. Aber auch fehlendes Wissen oder Zugang zu Informationen, dem Misstrauen des politischen Systems oder Chancenungleichheit stellen das Ziel einer politischen Inklusion einer breiten Öffentlichkeit vor eine große Herausforderung.

Politische Teilhabemöglichkeiten sind von Politik und Parteien vorgegeben: So sind Drittstaatsangehörige auf allen Ebenen von Wahlen ausgeschlossen, sie dürfen keine Volksbefragungen und Volksbegehren unterzeichnen oder Demonstrationen initiieren. Parteimitgliedschaft hingegen ist in Österreich nicht an die Staatsbürgerschaft gekoppelt und steht auch Drittstaatenangehörigen offen. Zahlen zu Mitgliedschaften sind nicht öffentlich zugänglich und wurden trotz mehrfacher Nachfrage bei den im Wiener Landtag vertretenen Parteien nicht übermittelt.

Teilhabemöglichkeiten beschränken sich nicht nur auf politische Inklusion, sondern Inklusion in alle Teilbereiche der Gesellschaft wie auch Arbeit, Bildung, Kultur, etc. In den Diskussionen wurde demnach oftmals auf die Interdependenz des Zugangs zu den verschiedenen Teilsystemen hingewiesen. Ein Argument, das sich durch die Gespräche zog war jenes, dass in einem ersten Schritt Grundbedürfnisse erfüllt werden müssen, um sich überhaupt Gedanken zu politischer Teilhabe machen zu können. Eine Frau aus Syrien (IP14) meinte dazu:

“Participating in the political games comes after fulfilling your basics needs. I would love to participate, I never voted in my life, I am ready. I need my basic needs such as work and then I would love to go up in the political game.”

Eine Mitarbeiterin einer großen NGO in Wien die mit Geflüchteten arbeitet unterstrich das Empfinden der Befragten und erklärte, dass bei den von ihnen organisierten Workshops unbegleitete minderjährige Geflüchtete größeres Interesse als Erwachsene zeigten, da diese mit basaleren Bedürfnissen wie Arbeits- oder Wohnungssuche beschäftigt waren.

Dieses Argument wurde auch von anderen Teilnehmer:innen aufgegriffen und von einem jungen Mann aus Syrien (IP13) bestätigt:

„Erst wenn ich ein stabiles Leben in Wien habe, das heißt wenn ich die Sprache richtig beherrsche und einen fixen Job habe, erst dann kann ich aktiv sein in der Politik“

Ein junger Mann aus Albanien (IP7), der für sein Studium nach Wien kam äußerte seinen Frust in Bezug auf Zugang zum Arbeitsmarkt und wie sich die Restriktionen auch auf gesellschaftliche Zugehörigkeit auswirken:

„Ich fühle mich nicht als Teil des österreichischen politischen Systems. Wenn wir zum Beispiel hier arbeiten wollen müssen wir ewig warten. Aber die Gesellschaft will nicht auf uns warten. Österreicher sind wie eine Stufe höher als wir, in allen gesellschaftlichen Bereichen.“

Eine politische interessierte Frau aus der Türkei (IP4) fügte hinzu, dass *„Arbeitgeber immer im Vordergrund [sind]. Aber nicht ich als Arbeitnehmerin. Wie kann ich mich da nur irgendwie als Teil, als Person in der österreichischen Gesellschaft sehen?“*.

Eine der Kernfragen der Gruppendiskussionen war folglich, ob sich die Teilnehmer:innen als Teil des politischen Systems in Wien sehen, sowohl in Bezug auf anderen gesellschaftliche Teilsysteme, als auch unabhängig davon. Im Gegensatz zu den oben zitierten Personen sprach sich eine politisch sehr interessierte und engagierte junge Frau (IP1) klar dafür aus, dass auch Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund sich als Mitglieder des politischen Systems sehen sollten. Denn Entscheidungen und Gesetze würde alle in Wien lebenden Menschen betreffen. Sie meinte dazu:

„Fühle mich klar als Teil der Österreichischen Politik. Entscheidungen werden getroffen, die mich auch betreffen. Wenn die MA35 etwa in die Kritik gerät, dann ja eben wegen Leuten wie uns.“

Selbst der junge Mann aus Afghanistan (IP9), der als Asylsuchender nach Wien kam und Integrationsmöglichkeiten in Wien als sehr positiv hervorhob und in der Diskussion die immer wieder aufkommende Kritik an Integrationspolitik nicht nachvollziehen konnte äußerte sich über politische Teilhabe folgendermaßen:

„Ausgenommen von Politik können wir in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen gleich teilnehmen. Die Möglichkeit, auch dort teil haben zu können wäre schon toll. Es wäre ein Privileg.“

Die anderen Teilnehmer:innen sahen das kritischer und empfanden reine passive Betroffenheit als nicht als ausreichend, um von politischer Inklusion zu sprechen. In einem Hintergrundgespräch mit einer jungen Frau aus Somalia (H1), die seit 16 Jahren in Wien lebt, aber keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, wurden Entscheidungen und Mitsprachemöglichkeiten als zentral für

politische Inklusion erachtet. Sie sprach von einer fehlendes Lobby für Drittstaatsangehörige um sich politisch zu beteiligen. Sie meinte „[d]ass die Politiker kein Interesse daran haben, dass wir ein Teil der Gesellschaft werden und deshalb Entscheidungen trifft, die uns sehr vernachlässigen.“

Inklusion und Exklusion passieren folglich nicht nur in Bezug auf verschiedene Systeme, sondern auch in Bezug zu sozialen Gruppen. Die Theorie der sozialen Identität geht davon aus, dass das subjektive Gefühl der Gruppenzugehörigkeit eine wesentliche Rolle für politische Partizipation spielt (Turner et al., 1986). Anerkennung, Wertschätzung und Status innerhalb einer Gruppe bedingen diese Partizipation und in Bezug auf die Zielgruppe der Menschen mit Fluchthintergrund könnte man argumentieren, dass das Zugehörigkeitsgefühl zur eigenen Community oder gemeinsam gemachte Erfahrungen wie Rassismus die Teilhabe prägen. McClendon (2013) argumentiert, dass das Versprechen sozialer Wertschätzung in der eigenen sozialen Gruppe ein starker selektiver Anreiz für Einzelpersonen sein kann, sich an Politik zu beteiligen denn innerhalb der eigenen Gruppe ist der Wunsch zentral wahrgenommen und wertgeschätzt zu werden.

Die Zugehörigkeit zur eigenen Gruppe wurde in den Diskussionen kaum angesprochen, jedoch schon die Zuschreibung zur Gruppe der Migrant:innen. Die Tatsache, dass in Wien mehr als 30% der Bevölkerung von den Wahlen ausgeschlossen sind und die Teilnehmenden Teil dieser 30% sind wurde in beiden Diskussionen angesprochen und diskutiert. Auch rassistische Erfahrungen, die Angst vor polizeilichen Kontrollen oder diskriminierenden Begegnungen wurden in den Gruppen angesprochen und in Bezug auf politische Teilhabe diskutiert. Keine:r der Befragten gab an, dass rassistische Erfahrungen die politische Teilhabe hemmen, hindern oder fördern würden, dass die Angst davor aber ein gewisses Verhalten impliziere: So sei man vorsichtig nicht besonders aufzufallen, nicht anzuecken und in kein polizeilichen Kontrollen zu geraten. Eine junge Frau (IP1) aus Syrien äußerte sich dazu folgendermaßen:

„Das Problem ist auch, dass wenn bei einer Demo was passiert, und diese Person von wo anders her kommt, dass dann immer automatisch die ganze Gruppe in den Topf geschmissen wird. Wir können da in unser Meinungsäußerung nicht so frei sein, müssen viel mehr aufpassen“

Doch auch das Zugehörigkeitsgefühl zur österreichischen Gesellschaft, zu einer politischen Bewegung, dem Vertreten und Einstehen für bestimmte Werte oder auch Engagement für bestimmte Themen in Vereinen können die soziale Identität prägen. Doch hier stellt sich erneut die Frage des Zugangs und der Möglichkeiten der Teilhabe, denn die in der Pilotstudie (vgl. Braun, et. al 2021) als größte Herausforderungen beschrieben war das Gefühl der fehlende Anerkennung und der Wertlosigkeit der eigenen Stimme. Dieses Reduktion auf das „Anderssein“ und die Staatsbürgerschaft wurde von fast allen Befragten thematisiert. Etwa, dass man trotz Qualifizierung oder auch gesellschaftlicher Teilhabe

seine Migrationsgeschichte nie ablegen könne, aber auch, dass Politik und Gesellschaft gar keine volle Inklusion dieser Menschen wolle, egal in welche gesellschaftliche Sphäre.

Almir Ibric vom Diversitätsmanagement der Stadt Wien erklärte im Interview dass er durchaus den Eindruck habe, dass innerhalb der Communities mit denen die Stadt Wien vorrangig arbeitet ein großer Wunsch nach politischer Beteiligung und Inklusion besteht. Vor allem bei Communities, die schon länger in Wien sind werde Beteiligung und Information sehr ernst genommen, vor allem wenn es um Demokratie im Kleinen wie etwa in Elternvereinen in der Schule oder Hausgemeinschaften geht.

5. META-DISKUSSION – BEDEUTUNG DER GRUPPENDISKUSSIONEN

Da die Organisation und Teilnahme an den Gruppendiskussion selbst für viele der Teilnehmenden ein relevantes Erlebnis darstellte wird im Folgenden die Gruppendiskussion, das Besprochene und die Relevanz für die Zielgruppe diskutiert.

Zentrale Erkenntnis ist die Tatsache, dass es in Wien an Räumen und Möglichkeiten für politische Bildung, politischen Austausch und Beschäftigung mit dem Thema für Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund fehlt. Trotz der COVID-bedingten kurzfristigen Einladungen zu den Diskussionen gab es reges Interesse an der Teilnahme, nicht nur von der eigentlichen Zielgruppe der Menschen mit Fluchthintergrund. Auch Personen mit Migrationsgeschichte aus einem EU- oder Drittstaat und österreichische Staatsbürger:innen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte meldeten Interesse an einer Teilnahme. Sie sahen die Diskussion als Möglichkeit, sich aktiv politisch einzubringen, Demokratie durch Austausch zu erleben und mehr über Politik und das politische System in Wien zu erfahren. Ein junger Mann aus Afghanistan (IP8) etwa, der sich anfangs sehr in seiner Teilnahme an der Diskussion zurücknahm meinte an einem Punkt:

„Eigentlich interessiere ich mich eh für Politik. Aber ich kenn mich überhaupt nicht aus. Deshalb wollte ich hier heute auch teilnehmen.“

Obwohl die Diskussion und die Forschung für Menschen mit Fluchthintergrund konzipiert war, wurde die Teilnahme zwei Personen mit Migrationsgeschichte aus Albanien und der Türkei ermöglicht. Beide gaben an, in ihren Herkunftsländern sehr politisch gewesen zu sein, auch hier in Österreich zu versuchen, dieses Interesse auszuleben und sich zu engagieren, aber oftmals an Hindernisse zu stoßen. Auch der junge Mann aus Albanien (IP7) beschrieb die Möglichkeit an der Diskussion teilzunehmen als Teilnahme an der Demokratie:

„Alleine dass wir heute darüber sprechen ist wichtig. Wir sind nur 10 Leute, aber gefühlt bin ich heute schon ein anderer Mensch, weil ich habe viele Informationen bekommen. Das ist Demokratie, ein Austausch, einen Perspektivenwechsel, die eigene Zone mal zu verlassen“.

5. ZUSAMMENFASSUNG UND DISKUSSION DER ERGEBNISSE

Diese Studie basiert auf drei Expert:inneninterviews, einem Hintergrundgespräch und zwei Gruppendiskussion mit insgesamt 14 Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte in Wien sowie einer umfassenden Literaturrecherche.

Die Forschung orientierte sich an folgendem Forschungsinteresse: *Wie erleben politisch interessierte Menschen mit Fluchthintergrund die politische Inklusion in Wien?*

Geflüchtete haben in Wien die Möglichkeit, sich vielfältig politisch zu beteiligen, allen voran niederschwellige Beteiligungsformen wie die Diskussion über Politik, die Teilnahme an Demonstrationen und Petitionen oder zivilgesellschaftliches Engagement. Es zeigt sich, dass viele Interviewte großes Interesse an österreichischer Politik haben, sie sich aber trotz subjektivem Gefühl der Integration nicht im politischen System inkludiert fühlen. Während nur eine Frau aus Syrien (IP1) anmerkte, dass sie sich alleine durch Betroffenheit der Legislative als Teil des Systems sehe, war das für die andern Befragten nicht genug.

Sowohl jene, die zufrieden mit ihrer Integration in anderen Teilbereichen waren – etwa Bildung oder Arbeit - als auch jene, die ihren Frust in Bezug auf Arbeitssuche äußerten sahen sich nicht als Teil des politischen Systems. Erstere Gruppe, weil sie das Gefühl hatte dass ein Zutritt dazu nur sehr schwer zu erreichen sei, zweitere weil sie angaben, sich in vielen Bereichen nicht als der Teil der österreichischen Gesellschaft zu verstehen. Etwa weil es basalere Bedürfnisse wie Arbeitsmarktzugang zu erfüllen gibt. Die erste Handlungsempfehlung für die Stadt Wien bezieht sich folglich auf die Ganzheitliche Betrachtung von Inklusion: Inklusion in einem gesellschaftlichen Teilbereich kann nur funktionieren, wenn alle andern Bereiche mitgedacht werden.

Eine zentrale Erkenntnis wurde in Kapitel 5 dargelegt und bezieht sich auf die Relevanz von Räumen des Austauschs und der Diskussion: Das Stattfinden der Gruppendiskussionen und die Teilnahme daran war für einige Teilnehmer:innen bereits eine aktive Teilnahme am demokratischen Leben in Wien. Sie thematisierten die Relevanz solcher Räume für die Zielgruppe, da sie sich als Drittstaatsangehörige von den meisten politischen Orten ausgeschlossen oder nicht zugehörig fühlen. Die zweite Empfehlung lautet, dass mehr Orte für politischen Austausch für Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte geschaffen werden müssen.

Neben zielgruppengerechten Orten für politische Teilhabe braucht es auch zielgruppenadäquate politische Bildungsangebote. Im Allgemeinen gibt es in Wien wenig Angebote von politischer Erwachsenenbildung. Die meisten Angebote richten sich entweder an Schüler:innen und Jugendliche oder sind als Train-the-Trainer Workshops konzipiert. Kurse, die sich an Menschen mit

Migrationsgeschichte richten sind oftmals für Multiplikator:innen ausgerichtet und stehen keiner großen Öffentlichkeit zur Verfügung. Die vom ÖIF durchgeführten Wertekurse sind für viele die erste und einzige Anlaufstelle wenn es um österreichische Politik und Demokratie geht. Die Kurse wurden jedoch von fast allen Befragten also zu unkonkret erachtet, hier wurde vor allem kritisiert, dass nicht alle Menschen mit Fluchthintergrund mit dem gleichen Wissen und Voraussetzungen nach Österreich kommen. Die dritte Empfehlung bezieht sich auf Angebote der politischen Bildung: Neue Angebote und Formate müssen geschaffen und finanziert werden, bestehende Formate diversifiziert und an die jeweilige Zielgruppe und deren Bedürfnisse angepasst werden.

Die Studie hat verdeutlicht, dass es viel ungenutztes Potential für die Stadt Wien gibt, wenn es um die politische Inklusion von Menschen mit Fluchthintergrund geht.

Hier noch einmal die zusammengefassten Handlungsempfehlungen für die Stadt Wien:

1. Inklusion in alle gesellschaftliche Teilbereiche

- Gesellschaftliche Inklusion muss ganzheitlich betrachtet werden: Eine Inklusion in einem gesellschaftlichen System impliziert nicht automatisch die Inklusion in alle anderen.
- Schnellere Inklusion in den Arbeitsmarkt etwa haben das Potential, sich positiv auf politische Inklusion auszuwirken.

2. Etablierung von politischen Diskussionsräumen

- Orte für politischen Austausch für Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte müssen geschaffen werden.
- Sie können nicht nur ein Instrument sein, um Beteiligung von Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft zu fördern sondern senden ein positives Signal für Gehör und Anerkennung.

3. Förderung von politischer Bildung

- Neue politische Bildungsangebote müssen für Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichten geschaffen und finanziert werden. Im Allgemeinen braucht es mehr Angebote für politische Erwachsenenbildung in Wien.
- Bestehende Formate wie etwa die vom ÖIF angebotenen Wertekurse müssen diversifiziert werden und die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Kompetenzen der Zielgruppe berücksichtigen.

7. LISTE DER INTERVIEWPARTNER:INNEN

Kürzel	Geschlecht	Alter	Herkunftsland
IP1	Weiblich	19	Syrien
IP2	Weiblich	56	Syrien
IP3	Männlich	-	Afghanistan
IP4	Weiblich	-	Türkei
IP5	Weiblich	58	Syrien
IP6	Männlich	-	Syrien
IP7	Männlich	20	Albanien
IP8	Männlich	20	Afghanistan
IP9	Männlich	22	Afghanistan
IP10	Weiblich	42	Syrien
IP11	Männlich	33	Syrien
IP12	Männlich	28	Afghanistan/Iran
IP13	Männlich	22	Syrien
IP14	Weiblich	36	Syrien
H1	Weiblich	21	Somalia

8. AUTOR:INNEN

Mag.a. Kathrin Braun Bakk. phil.



Kathrin Braun ist Projektmanagerin und Forscherin im Verein Fremde werden Freunde. Dort arbeitet sie vor allem für das internationale Horizon2020 Forschungsprojekt MIRROR. Kathrin Braun absolvierte das Bakkalaureatsstudium Publizistik und Kommunikationswissenschaft sowie das Diplomstudium Internationale Entwicklung an der Universität Wien und der Université du Luxembourg.

Munira Mohamud



Munira Mohamud ist Community Managerin bei Fremde werden Freunde. Sie studiert Politikwissenschaften und Internationales Recht an der Universität Wien. Sie hat Workshops zum Thema Rassismus und Sexismus für Erwachsene gehalten und zahlreiche Veranstaltungen für Inklusion organisiert.

9. LITERATURVERZEICHNIS

Bauböck, Rainer (2003): Wessen Stimme zählt? Thesen über demokratische Beteiligung in der Einwanderungsgesellschaft. Wiener Hefte zu Migration und Integration in Theorie und Praxis I/2003, Seite 26-44.

Bekaj, Armend & Antara, Lina. (2018): Political Participation of Refugees: Bridging the Gaps. 10.31752/idea.2018.19.

Braun, Kathrin; Spöri Tobias; Philippe Doos & Mahamud Munira (2021): Politische Partizipation von Geflüchteten. Möglichkeiten und Hindernisse der demokratischen Beteiligung von Geflüchteten in Wien. Fremde werden Freunde.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) (2022): Politische Bildung. <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulpraxis/uek/politbildung.html> (abgerufen am 20.6.2022)

Hentges, Gudrun (2014): Politische Bildung für MigrantInnen. In: Marschke, B., Brinkmann, H. (eds) Handbuch Migrationsarbeit. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-531-19945-0_32

Kühn, Thomas; Koschel, Kay-Volker (2011). Grundlagen: Einsatz von Gruppendiskussionen in der Praxis. In: Gruppendiskussionen. VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-93243-9_2

Lehnerer, Elisa (2020): Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung in Deutschland. Möglichkeiten, Hemmnisse und Förderungsansätze aus Sicht von Migrant*innenorganisationen. ForDemocracy Working Paper Nr. 3

Massing, Peter (2019): Politische Bildung. In: Andersen, Uwe und Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 7., aktual. Aufl. Heidelberg: Springer VS 2013.

McClendon, Gwyneth (2013): Social Esteem and Participation in Contentious Politics: A Field Experiment at an LGBT Pride Rally. American Journal of Political Science. 58. 10.1111/ajps.12076.

Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF) (2022): Folder Werte- und Orientierungskurse https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/user_upload/WOK_Folder_2021.pdf (abgerufen am 10.6.2022)

Pausch, Markus (2020): Political Participation of Asylum Seekers: Restricted Chances and their Consequences.

Przyborski, Aglaja & Riegler, Julia (2010): Gruppendiskussion und Fokusgruppe. In Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Sander, Wolfgang (1997): Theorie der politischen Bildung: Geschichte - didaktische Konzeptionen - aktuelle Tendenzen und Probleme. In: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung. Schwalbach, Ts. : Wochenschau-Verl. 1997.

Stadt Wien (2022): Integrations-& Diversitätsmonitor Wien 2021.

Tajfel, Henri & Turner, John (1986) The Social Identity Theory of Intergroup Behavior. In: Worchel, S. and Austin, W.G., Eds., Psychology of Intergroup Relation, Hall Publishers, Chicago. 7-24.

UNHCR (2022): Austria Fact Sheet. February 2022. <https://www.unhcr.org/asia/623469b4f.pdf> (abgerufen am 10.6.)

Ziegler, Ruvi (2017): Voting Rights of Refugees. Cambridge: Cambridge University Press